

**Niederschrift**  
**zur Sitzung des Rates der Schloss-Stadt Hückeswagen**



**Sitzungstermin:** 27.09.2022  
**Sitzungsbeginn:** 17:00 Uhr  
**Sitzungsende:** 20:20 Uhr  
**Ort:** im Gemeindezentrum Lindenberg,  
Lindenbergstraße 10

An der Sitzung nahmen teil:

**Bürgermeister**

Persian, Dietmar,  
Bürgermeister

**Mitglieder**

Alsdorf, Nicklas  
Bannuscher, Ingo  
Becker, Jürgen  
Coenen, Margareta  
Ederer, Jan-Martin ab 19 Uhr  
Fink, Heike  
Finstler, Shirley  
Gembler, Regine  
Geßner, Utz  
Gräbner, Leon  
Haanen, Helene-Charlotte  
Hecker, Oliver  
Heider, Norbert  
Junginger, Oliver  
Lietza, Markus  
Löhe, David  
Malecha, Friedhelm  
Meine, Martin  
Moritz, Frank  
Mühlinghaus, Heike  
Päper, Cornelia  
Reichwein, Markus  
Rüter, Manfred  
Sabelek, Egbert  
Schmeisser, Lars  
Stöver, Annette  
Thiel, Brigitte  
Ullrich, Pascal  
von der Neyen, Marc  
von Polheim, Jörg  
Wedekind, Felix  
Werth, Christian  
Winkelmann, Andreas

Wroblowski, Karin

**von der Verwaltung**

Bever, Isabel  
Heymann, Stefanie  
Klewinghaus, Dieter  
Kneib, Waldemar  
Schröder, Andreas  
Stehl, Alexander

**Es fehlten:**

**Mitglieder**

Korczak, Thomas  
Mallwitz, Stefan  
Pohl, Andreas  
Schulz-Andres, Heiko  
Theis, Jürgen  
Wachs, Tobias  
Werth, Constanze-Julia  
Wurth, Andreas

**von der Verwaltung**

Kemper, Torsten  
Zöller, Monika

Der Bürgermeister begrüßt die Teilnehmer der Sitzung, die Besucher sowie die Vertreterin der Presse.

Der form- und fristgerechte Eingang der Einladungen wird festgestellt.

Herr Persian schlägt vor, die Tagesordnung um den Tagesordnungspunkt „außerplanmäßige Mittelbereitstellung zur Verbesserung des Infektionsschutzes durch technische Maßnahmen und ergänzende Ausstattung mit CO<sub>2</sub>-Messgeräten in den Schulen“ zu ergänzen. Außerdem bittet er um die Absetzung des TOPs 19. Die Mitglieder stimmen dem zu.

Herr Becker beantragt die Verschiebung des TOPs 10 in den nichtöffentlichen Teil der Sitzung. Da die Gemeindeordnung klar regelt, was in den öffentlichen und was in den nichtöffentlichen Teil der Sitzungen gehört, verständigen sich die Ratsmitglieder darauf, den TOP zu splitten. Die Stellenfreigabe bleibt im öffentlichen Teil und die Fragen zu den Personen können im nichtöffentlichen Teil unter Mitteilungen und Anfragen geklärt werden.

## Tagesordnung:

### Öffentliche Sitzung

- |     |   |                         |
|-----|---|-------------------------|
| 1   | Fragestunde für Einwohner   |                         |
| 2   | Beschlusskontrolle  | <b>RB/4516/2022</b>     |
| 3   | Feststellung des Jahresabschlusses 2021 und Erteilung des Bestätigungsvermerkes   | <b>FB I/4502/2022</b>   |
| 4   | Behandlung des Jahresüberschusses 2021  | <b>FB I/4503/2022</b>   |
| 5   | Außerplanmäßige Mittelbereitstellung / Leistungen für ukrainische Flüchtlinge   | <b>FB I/4514/2022</b>   |
| 6   | Kenntnisnahme über- und außerplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen  | <b>FB I/4513/2022</b>   |
| 7   | Genehmigung von Eil- und Dringlichkeitsentscheidungen   |                         |
| 7.1 | Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung nach § 60 Absatz 1 Satz 1 GO NW: Außerplanmäßige Mittelbereitstellung Schulsozialarbeit                                    | <b>FB I/4475/2022</b>   |
| 7.2 | Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung nach § 60 Absatz 1 Satz 2 GO NW: Photovoltaikanlage Förderschule   | <b>FB I/4515/2022</b>   |
| 7.3 | Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung nach § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NW: Außerplanmäßige Mittelbereitstellung zur Rückzahlung von Fördermitteln für den Alleenradweg | <b>FB I/4476/2022</b>   |
| 7.4 | Genehmigung einer Eilentscheidung: Bereitstellung von Mitteln zur Sicherstellung einer Notstromversorgung   | <b>FB III/4505/2022</b> |
| 8   | Entwicklung der Verwaltung - räumliche Entwicklung  | <b>FB I/4517/2022</b>   |
| 9   | Stellenfreigaben / Stellenplanausweitung Fachbereich II - Schule, Sport, Kultur und Soziales  | <b>FB I/4518/2022</b>   |
| 10  | Stellenbesetzung/Stellenfreigabe für das Jugendzentrum  | <b>FB I/4519/2022</b>   |
| 11  | Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Wahrnehmung der Aufgabe der IT-Prüfung nach § 104 Abs. 1 Nr. 3 GO NRW durch die Stadt Aachen                                | <b>RB/4474/2022</b>     |
| 12  | Neufassung der Plakatierungssatzung   | <b>FB III/4375/2022</b> |
| 13  | Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 81 "Wohngebiet Brunsbach" sowie frühzeitige Öffentlichkeits- und   | <b>FB III/4473/2022</b> |

	Behördenbeteiligung	
14	7. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 44 B "Großberghauser Bucht"	<b>FB III/4469/2022</b>
15	Jahresantrag 2023 ISEK Hückeswagen	<b>FB III/4507/2022</b>
16	Umnutzung Schloss Hückeswagen - Förderantrag 2023	<b>FB III/4509/2022</b>
17	Bundesförderprogramm - Aufwertung Stadtpark	<b>FB III/4508/2022</b>
18	Bundesförderprogramm - Förderantrag Wupperauen	<b>FB III/4506/2022</b>
19	Förderantrag für die energetische Sanierung Freizeitbad Hückeswagen	<b>FB IV/4512/2022</b>
20	Antrag der SPD-Fraktion vom 01.09.22: Ausstattung von Pedelecs für den Ordnungsdienst	<b>RB/4500/2022</b>
21	Anfrage der FDP zur Befahrbarkeit von Waldwegen und Sicherstellung der Löschwasserversorgung	<b>FB III/4497/2022</b>
22	Anfrage der FDP zum Schutz der Bevölkerung vor Hitze	<b>FB III/4498/2022</b>
23	Außerplanmäßige Mittelbereitstellung zur Verbesserung des Infektionsschutzes durch technische Maßnahmen und ergänzende Ausstattung mit CO2-Messgeräten in den Schulen	<b>FB I/4528/2022</b>
24	Mitteilungen und Anfragen	

### **Nichtöffentliche Sitzung**

1	Verkauf Gerhart-Hauptmann-Straße 2, 4 und 6	<b>FB IV/4499/2022</b>
2	Mitteilungen und Anfragen	

Aufgrund der Erkrankung des bestellten Schriftführers, bestellt der Rat Frau Stefanie Heymann zur Schriftführerin dieser Sitzung.

**Protokoll:**

**Öffentlicher Teil**

**zu 1 Fragestunde für Einwohner**

keine

**zu 2 Beschlusskontrolle**

Frau Gembler bittet um erneute Prüfung des Antrags der SPD zur nächtlichen Ampelschaltung, da sich die Situation durch die Geschwindigkeitsreduzierung auf der Bachstraße verändert hat.

Außerdem fragt sie nach dem Umsetzungsstand der Markierungen der Behindertenparkplätze. Herr Kneib erklärt, dass der Auftrag erteilt wurde und die Umsetzung für Oktober vorgesehen ist.

Der Rat nimmt Kenntnis.

**zu 3 Feststellung des Jahresabschlusses 2021 und Erteilung des Bestätigungsvermerkes**

Frau Päper übernimmt die Leitung der Sitzung.

Herr Werth erläutert das Ergebnis des Rechnungsprüfungsausschusses.

Herr Heider fragt, ob bei dem Mehraufkommen der Gewerbesteuer auch Nachzahlungen aus dem Vorjahr dabei sind. Frau Bever sagt zu, die Zahlen der Niederschrift beizufügen.

**Beschluss:**

Der Rat beschließt

- a) die Feststellung des Jahresabschlusses 2021 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 2.527.901,83 EUR;
- b) dem Bürgermeister wird Entlastung erteilt.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**zu 4 Behandlung des Jahresüberschusses 2021**

**Beschluss:**

Der Rat beschließt den Jahresüberschuss des Jahres 2021 in Höhe von 2.527.901,83 EUR der Ausgleichsrücklage zuzuführen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**zu 5 Außerplanmäßige Mittelbereitstellung / Leistungen für ukrainische Flüchtlinge**

Um die Belastungen durch die Aufnahme ukrainischer Flüchtlinge abzufedern, leitet das Land NRW die Bundesmittel direkt an die Kommunen weiter.

**Beschluss:**

Der Rat stellt die Mittel aus der Bund-Länder-Einigung zum Umgang mit den Vertriebenen aus der Ukraine in Höhe von 61.457,85 € außerplanmäßig auf dem Produkt „1.31.11.02 Hilfen für Flüchtlinge der Ukraine“, „Konto 533800 Leistungen AsylbLG“ bereit.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**zu 6 Kenntnisnahme über- und außerplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen**

Auf die Frage, wer das Lastenfahrrad nutzen wird, antwortet Herr Persian, dass es von der gesamten Belegschaft genutzt werden kann. Es ist mit einem Behälter ausgestattet, in der Arbeitsmaterialien oder Schutzkleidung mitgenommen werden können. Darüber hinaus verfügt die Verwaltung seit vielen Jahren über ein E-Bike, welches gut genutzt wurde.

Herr Geßner fragt, warum für die Beschaffung der CO<sub>2</sub> Warnmelder sowohl Teil dieser, als auch der Tischvorlage ist. Frau Bever erklärt, dass die Beschaffung zügig erfolgen musste. Dafür wurde auf das vorhandene Budget zurückgegriffen. Da die eingeplanten Mittel nicht ausreichten, war eine überplanmäßige Mittelbereitstellung notwendig, die mit dieser Vorlage zur Kenntnis gegeben wird. In der Tischvorlage erfolgt die Bereitstellung der kompletten Fördermittel des Landes.

Der Rat nimmt die durch die Kämmerin bzw. ihren Vertreter gem. § 83 Abs. 1 GO NW in Verbindung mit § 8 Ziffer 1 u. 2 der Haushaltssatzung genehmigten Haushaltsüberschreitungen zur Kenntnis.

## **zu 7 Genehmigung von Eil- und Dringlichkeitsentscheidungen**

### **zu 7.1 Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung nach § 60 Absatz 1 Satz 1 GO NW: Außerplanmäßige Mittelbereitstellung Schulsozialarbeit**

Herr Stahl berichtet, dass die Aufgabe nach der erfolgreichen Ausschreibung an den Internationalen Bund aus Solingen vergeben wurden.

#### **Beschluss:**

Der Rat genehmigt die dringliche Entscheidung vom 27.06.2022 von Frau Stadtkämmerin Isabel Bever als allgemeine Vertreterin des Bürgermeisters und Herrn Stefan Mallwitz über die Bereitstellung außerplanmäßiger Haushaltsmittel im Haushaltsjahr 2022 bei Produkt „1.21.10.01 – Sonstige schulische Aufgaben“ und Konto „529100 – Sonstige Sach- und Dienstleistungen“ in Höhe von 74.605,22 €.

#### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

### **zu 7.2 Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung nach § 60 Absatz 1 Satz 2 GO NW: Photovoltaikanlage Förderschule**

Aufgrund einer Nachfrage von Herrn Becker erklärt Frau Bever, dass der Dringlichkeitsbeschluss nicht angefügt wurde, weil er vollständig in den Sachverhalt der Vorlage übernommen wurde.

#### **Beschluss:**

Der Rat genehmigt die vom Bürgermeister Dietmar Persian und dem Ratsmitglied Pascal Ullrich am 07.09.2022 getroffene dringliche Entscheidung zur außerplanmäßigen Mittelbereitstellung wie dargestellt in Höhe von 10.680 € bei Investitionsobjekt 5.000541.700.700 „Planung Photovoltaikanlage Förderschule Nordkreis“.

#### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**zu 7.3 Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung nach § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NRW: Außerplanmäßige Mittelbereitstellung zur Rückzahlung von Fördermitteln für den Alleenradweg**

Herr Becker fragt, wo die Einnahme im Haushalt zu finden ist. Frau Bever erklärt, dass die Zahlungen des Landes auf dem entsprechenden Investitionsobjekt gebucht sind. Sie wird analog zur Abschreibung jährlich aufgelöst.

Herr Junginger möchte wissen, was passiert wäre, wenn das Geld nicht per Dringlichkeitsbeschluss außerplanmäßig bereitgestellt worden wäre. Dann wären entsprechend Zinsen zu zahlen, entgegnet Herr Persian.

Ob es eine Ausschlussfrist für die Nachforderungen gibt, fragt Frau Wroblowski. Herr Kneib erläutert, dass die Maßnahme nach Prüfung des Schlussverwendungsnachweises durch den Fördermittelgeber in 2016 eigentlich abgeschlossen war. Dem Landesrechnungshof steht es frei, ob und wann er solche Maßnahmen kontrolliert. Die Prüfung durch den Landesrechnungshof fand 2019 statt. Der dazugehörige Bescheid für die Rückforderung erging allerdings erst 2022.

**Beschluss:**

Der Rat genehmigt die dringliche Entscheidung vom 22.07.2022 von Frau Stadtkämmerin Isabel Bever als allgemeine Vertreterin des Bürgermeisters und Herrn Pascal Ullrich über die außerplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln des Haushaltsplanes 2022 in Höhe von 60.900 € bei Investitionsobjekt „5.000231.700.600 Geh- und Radweg Bahntrasse – Baukostenabschnitt 3“, Konto 787441 "Auszahlungen für die Rückzahlung von Investitionseinzahlungen“.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**zu 7.4 Genehmigung einer Eilentscheidung: Bereitstellung von Mitteln zur Sicherstellung einer Notstromversorgung**

**Beschluss:**

Der Rat genehmigt gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 GO NRW die Eilentscheidung des Haupt- und Finanzausschusses über die außerplanmäßige Bereitstellung von 100.000 € auf dem Investitionsobjekt 5.000539.710.001 „Erwerb Notstromaggregate – Sachkonto 782600“ zur Sicherstellung einer Notstromversorgung für die Feuerwehr Bachstraße und den Verwaltungsstandort Bahnhofplatz 8 und die Beauftragung der Verwaltung, die Beschaffung der erforderlichen Geräte durchzuführen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

## zu 8 **Entwicklung der Verwaltung - räumliche Entwicklung**

Frau Bever erläutert anhand der beigefügten Präsentation die Pläne, wie die Stadtverwaltung sukzessive in die Büros am Bahnhofplatz ziehen kann. Die Planung wurde mit den Beschäftigten des Fachbereiches III erstellt und bietet ein Höchstmaß an Flexibilität. Zum derzeitigen Zeitpunkt kann noch keine Aussage zu den Aufwendungen getroffen werden. Demgegenüber stehen jedoch andere Aufwendungen beispielsweise für Interimslösungen, die in jedem Falle auch hoch wären, jedoch in keiner Weise nachhaltig und fachlich befriedigend. Ziel ist es, die Verwaltung mittelfristig in eigenen Räumen zu versorgen und angemietete Flächen aufgeben zu können.

Herr Ullrich lobt das Konzept und die Planungen. Gerade in einer Zeit, in der es einen Fachkräftemangel gibt, sollten Arbeitgeber modern aufgestellt sein, um wettbewerbsfähig zu sein.

Dem schließt sich Herr Junginger an. Er fragt zusätzlich, ob mehr Digitalisierung und damit evtl. Personaleinsparungen möglich wären. Frau Bever erklärt, dass die Digitalisierung der Verwaltungsprozesse seit Jahren Priorität hat und vorangetrieben wird. Ohne diese wäre die Umsetzung des Konzepts auch gar nicht möglich. Sie ist sich sicher, dass sich in den nächsten fünf bis zehn Jahren auch einiges in punkto künstlicher Intelligenz entwickeln wird und dadurch auch manche Aufgaben weniger personalintensiv gestaltet werden können. Dennoch werden Menschen mit breitem Fachwissen für die Bearbeitung aller Angelegenheiten benötigt.

Der Digitalisierungsprozess wird hauptsächlich von der EDV mit Unterstützung durch die RegioIT betreut, antwortet Herr Persian auf die Frage von Frau Thiel.

Herr Heider fragt, ob die Räumlichkeiten auch für zusätzliches Personal ausgelegt sind. Herr Schröder erklärt, dass es ein flexibles Konzept ist, das davon lebt, dass einige Mitarbeiter im Büro, andere im Homeoffice oder außer Haus sind. Diese Planungen sehen 13 feste Arbeitsplätze und weitere 9 Arbeitsplatzmöglichkeiten vor. Demnach könnten sogar alle Beschäftigten des Fachbereichs gleichzeitig im Büro sein und wären dort arbeitsfähig. Aufgrund der Flexibilität funktioniert es problemlos auch mit mehr Mitarbeitenden.

Die Umsetzung soll noch im nächsten Jahr erfolgen. Die Mittel für die Digitalisierung der benötigten Akten (z.B. Hausakten) werden in den Haushalt 2023 eingestellt.

Ob das vorhandene Mobiliar verwendet werden kann, möchte Frau Mühlinghaus wissen. Herr Schröder entgegnet, dass die vorhandenen Tische alle unterschiedlich und sehr groß sind. Diese Größe ist für die Arbeit nicht mehr erforderlich und würde viel Platz in den Räumlichkeiten nehmen, deswegen wird das leider überwiegend nicht möglich sein.

Herr Werth fragt, ob auch an ein Eltern-Kind-Zimmer gedacht wurde. Dies

kann in dem Bereich nicht realisiert werden, wäre aber für den anderen Flur durchaus denkbar, sagt Frau Bever.

Der Rat der Schloss-Stadt Hückeswagen nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

#### **zu 9 Stellenfreigaben / Stellenplanausweitung Fachbereich II - Schule, Sport, Kultur und Soziales**

Frau Bever erläutert kurz die aktuelle Lage in der gesamten Verwaltung. Neben fünf langzeiterkrankten Beschäftigten hatte die Verwaltung auch viele andere krankheitsbedingte und sonstige Ausfälle zu kompensieren. Aufgrund der vergangenen Ereignisse sowie zusätzlichen Anforderungen ist die Arbeitsbelastung insgesamt gestiegen. Die Mitarbeitenden weisen eine hohe Arbeitsmoral auf und versuchen alle Aufgaben zu bewältigen. Bei solchen langen Überlastungsphasen drohen jedoch weitere Ausfälle, die es dringend zu verhindern gilt. Darüber hinaus werden in den nächsten Jahren eine größere Anzahl von Beschäftigten in Rente gehen.

Herr Lietza ist überzeugt, dass mit dem Fortschritt künstlicher Intelligenz und der sinkenden Einwohnerzahl, mittelfristig weniger Personal benötigt wird, er schlägt deshalb vor, die Einstellungen nur befristet vorzunehmen.

Frau Bever erläutert, dass bei der derzeitigen Lage auf dem Arbeitsmarkt und bezogen auf die notwendigen Fachkräfte dieser Weg nicht zum Erfolg führen würde.

#### **Beschluss:**

Der Rat der Schloss-Stadt Hückeswagen beschließt die Einrichtung von zwei weiteren Stellen im Fachbereich II – Bildung und Soziales – die je nach Eignung und Qualifikation des Bewerbers / der Bewerberin bis Entgeltgruppe 9b eingruppiert werden können.

Die Einrichtung der Stellen erfolgt aufgrund der starken Aufgabenmehrung im Bereich von gesetzlichen Pflichtaufgaben und um dem Fachkräftemangel zu begegnen unbefristet.

#### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig bei zwei Enthaltungen

#### **zu 10 Stellenbesetzung/Stellenfreigabe für das Jugendzentrum**

Die Mitglieder fragen, was passiert, wenn die Stellen nicht rechtzeitig besetzt werden können. Herr Persian und Herr Stehl erklären, dass ein erheblicher Fachkräftemangel besteht und der Markt quasi leer ist. Deswegen sollen die Einstellungsverfahren schnellstmöglich erfolgen. Sie sind sich über die

wichtige Funktion des Jugendzentrums bewusst und hoffen, dass der Betrieb durchgängig aufrechterhalten bleiben kann. Sollten die Stellen jedoch nicht rechtzeitig bis spätestens 31.01.2023 besetzt werden, könnte ggf. eine Schließung notwendig sein.

Frau Thiel fragt, warum laut Vorlage nur ein Teil der Kosten durch den Kreis refinanziert wird. Frau Bever erklärt, dass der Zuschuss am Konzept und dem Personalschlüssel hängt. Allerdings werden auch Raumkosten, die Löhne der Honorarkräfte und andere Aufwendungen über das Produkt abgerechnet. Daraus ergibt sich der jährliche Zuschussbedarf aus dem städtischen Haushalt.

**Beschluss:**

Der Rat der Schloss-Stadt beschließt die Freigabe der bisherigen Stellen zur Wiederbesetzung. Die tatsächliche Besetzung erfolgt in Abhängigkeit von Qualifikation und Erfahrung der BewerberInnen. Danach erfolgt eine Anpassung im Stellenplan 2023.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**zu 11 Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Wahrnehmung der Aufgabe der IT-Prüfung nach § 104 Abs. 1 Nr. 3 GO NRW durch die Stadt Aachen**

**Beschluss:**

Der Rat der Schloss-Stadt Hückeswagen mandatiert die Stadt Aachen, die Aufgabe der IT-Prüfung nach § 104 Abs. 1 Nr. 3 GO NRW für die Schloss-Stadt Hückeswagen gemäß den Regelungen der im Entwurf beigefügten öffentlich-rechtlichen Vereinbarung ab dem 01.01.2023 wahrzunehmen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**zu 12 Neufassung der Plakatierungssatzung**

Die Zeit zwischen dem Haupt- und Finanzausschuss war der FaB zu kurz, um noch eine rechtliche Stellungnahme zur Satzung zu erhalten. Aus diesem Grund meldet Herr Junginger Beratungsbedarf an.

Außer der AFD halten die anderen Fraktionen ein weiteres Aufschieben der Entscheidung für unnötig. Der Antrag für die Satzung ist 2 ½ Jahre alt. In der Zwischenzeit wurde ein Arbeitskreis dafür gebildet und es hat mehrere Beratungen im HuF gegeben. Der FaB steht es offen, gegen die Satzung zu klagen.

Der Rat entscheidet mehrheitlich bei sechs Gegenstimmen dafür, dass der Beschluss zur Satzung in dieser Sitzung gefasst wird.

**Beschluss:**

Der Rat beschließt die angefügte Neufassung der Plakatierungssatzung.

**Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich bei 4 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen

**zu 13 Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 81 "Wohngebiet Brunsbach" sowie frühzeitige Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung**

Herr Ullrich gibt kurz die Inhalte der Diskussion des Fachausschusses wieder.

Da die verkehrliche Anbindung der Hauptstreitpunkt ist, hat die Fraktion B90/Grüne überlegt, ob die Zufahrt über den Bolzplatz im Einbahnstraßenbetrieb und die Wegfahrt über den Verbindungsweg zum Tulpenweg erfolgen könnte.

Frau Gemblert erläutert die Sichtweise der SPD. Da die Ewald-Gnau-Straße der objektiven Einschätzung nach, einer Spielstraße entspricht, sollte dies auch verkehrsrechtlich angeordnet werden. Die SPD hält die zusätzliche Verkehrsbelastung in dem Bereich für nicht tragbar. Allerdings gibt Frau Gemblert auch zu bedenken, dass die Abfahrt über den Tulpenweg vermutlich zu gleichen Problemen bei den Anwohnern des Tulpenweges führen würde.

Herr Becker fragt, ob aufgrund der Schulwegentwicklungsplanung die Voraussetzungen für eine Anbindung zur Bundesstraße anders zu sehen wären. Herr Schröder erklärt, dass der Landesbetrieb die Anbindung auch danach nicht genehmigt.

Für die AFD sagt Herr Lietza, dass solange die Straßenführung nicht geklärt ist, sie dem Verfahrensstart nicht zustimmen.

Herr Junginger bittet darum, den Beschlussskizzen dahingehend zu ergänzen, dass die aktuelle Zufahrt bis zur endgültigen Klärung offenbleibt. Herr Schröder erläutert, dass die Diskussionen über die Zufahrt Bestandteil des Verfahrens sind. Dafür muss zunächst die Einleitung des Verfahrens beschlossen werden. Wenn dann keine Erschließungsmöglichkeit gesehen wird, wird es im Ergebnis keinen Bebauungsplan geben.

Herr Reichwein und Herr Ullrich sagen, dass die Diskussionen die Sensibilität des Themas widerspiegeln. Sie appellieren, das Verfahren zu starten, damit alle Prüfungen erfolgen können.

**Beschluss:**

1. Der Rat beschließt die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 81 „Wohngebiet Brunsbach“ als Bebauungsplan der Innenentwicklung gem. § 13a Baugesetzbuch (BauGB).

2. Der Ausschuss beauftragt die Verwaltung, die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB und die frühzeitige Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 1 BauGB durchzuführen.

**Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich bei 2 Gegenstimmen

**zu 14 7. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 44 B "Großberghauser Bucht"**

**Beschluss:**

Der Rat beschließt die Durchführung der 7. Änderung des Bebauungsplans Nr. 44 B „Großberghauser Bucht“ im vereinfachten Verfahren gem. § 13 Baugesetzbuch (BauGB).

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**zu 15 Jahresantrag 2023 ISEK Hückeswagen**

Herr Persian erklärt, dass ihm klar ist, dass derzeit eine ganz besondere Zeit ist. Die nächsten Monate und Jahre werden eine besondere Herausforderung für die gesamte Gesellschaft. Dennoch stehen große Aufgaben in der Stadt an, die bewältigt werden müssen. Dabei stellt sich die Frage, ob da noch ein ISEK passt. Er hält es jedoch für unbedingt erforderlich. Die Stadt muss einen zukunftsfähigen Lebensraum bilden und darf in ihrer Entwicklung nicht stehenbleiben. Jetzt besteht die Chance, hierfür eine erhebliche Summe an Fördermitteln zu erhalten, die es aus Mitteln der Städtebauförderung absehbar nicht mehr geben wird. Aus diesem Grund sollten mindestens die Anträge jetzt gestellt werden. Daraus ergibt sich keine Durchführungspflicht. Der Antrag ist in mehrere Bauabschnitte aufgeteilt, wobei der Wilhelmplatz zuerst umgebaut werden soll.

Herr Ullrich erklärt die Positionierung der CDU zu den TOPs 15 - 18.

Der Erhalt der Infrastruktur ist eine Pflichtaufgabe der Kommune. Dabei reicht es nicht, darauf zu hoffen, dass alles hält. Dazu zählen in jedem Fall eine vernünftige Unterhaltung, energetische Sanierungen, Brandschutzertüchtigungen und auch bauliche Veränderungen zum Zwecke der Barrierefreiheit. In Bezug auf das Schloss werden alleine die Kosten für die unbedingt notwendigen Maßnahmen ca. 66 % der Kosten ausmachen, die aktuell für den großen Umbau angesetzt sind. In dem Fall wäre jedoch eine teilweise Refinanzierung durch Fördermittel nicht möglich. Demnach kostet die Umsetzung der jetzigen Planung den Steuerzahler nicht mehr.

Herr Ullrich erklärt, dass auch Fördermittel Steuermittel aller sind. Ein Verzicht darauf führt jedoch nicht zu einer Entlastung der Hückeswagener, es führt lediglich dazu, dass eine andere Kommune diese Mittel in Anspruch nimmt. Er fordert die Verwaltung auf, weitere Beteiligte für das Projekt Schloss zu finden, um den Eigenanteil dadurch zu verringern.

Die CDU wird allen Beschlusentwürfen zustimmen.

Auch die FDP wird den Anträgen zustimmen, erklärt Herr von Polheim. Sie fordern allerdings, dass das Verfahren gestoppt wird, wenn Kosten aus dem Ruder laufen.

Dem schließt sich auch die Fraktion B90/Grüne an. Herr Sabelek ergänzt, dass dadurch die ganze Stadt attraktiver wird. Die Bürger wurden lange und gut beteiligt. Alle freuen sich, dass es losgeht.

Herr Lietza sieht eine zu große Diskrepanz darin, dass den Bürgern aktuell viele Vorschriften unter anderem zum Energiesparen gemacht werden und auf der anderen Seite viele Mittel für das ISEK ausgegeben werden. Aus diesem Grund wird die AfD alle Anträge ablehnen.

Herr Junginger bestätigt, dass es sich um ein tolles Projekt handelt. Allerdings weiß er nicht, wie der Eigenanteil finanziert werden kann. Weil hierzu bislang keine verbindliche Erklärung gemacht wurde, wird auch die FaB die Beschlüsse nicht mittragen.

**Beschluss:**

Der Rat beschließt, den Jahresantrag 2023 in der Städtebauförderung einzureichen.

**Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich bei 6 Gegenstimmen

**zu 16 Umnutzung Schloss Hückeswagen - Förderantrag 2023**

Herr Schröder berichtet, dass die Einschätzung des Architekten der Niederschrift beigelegt wird. Das Schloss wurde in den zwanziger/dreißiger Jahren des vergangenen Jahrhunderts zuletzt umgebaut. Der jetzige Umbau soll die nächsten 100 Jahre halten. Das Projekt kann jederzeit gestoppt werden, wenn die Kostenentwicklung dies fordert.

Herr Ullrich fragt, ob nach Meinung der FaB gar nicht in das Schloss investiert werden soll, denn auch die absolut notwendigen Maßnahmen werden erhebliche Summen kosten, die finanziert werden müssen.

Herr Becker ergänzt, dass das Schloss bereits kaputtgespart wurde. Die Fehler der Vergangenheit müssen korrigiert werden, damit es für die nächste Generation lebenswert bleibt.

Ob das Nutzungskonzept in der Form feststeht, fragt Herr Heider. Herr Persian erklärt, dass dies lediglich die Möglichkeiten aufzeigt. Um das Schloss zu einem Begegnungszentrum zu machen, müssen zunächst bauliche Veränderungen erfolgen.

**Beschluss:**

Der Rat beschließt, die Umnutzung des Schlosses in den Jahresantrag 2023 der Städtebauförderung aufzunehmen.

**Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich bei 6 Gegenstimmen

**zu 17 Bundesförderprogramm - Aufwertung Stadtpark**

Herr Schröder erläutert das Verfahren und teilt mit, dass die Projektskizze zum Stadtpark bereits vor zwei Jahren bei einem ähnlichen Förderprogramm eingereicht, allerdings nicht bewilligt wurde. Beim aktuellen Förderprogramm liegt der Schwerpunkt mehr auf der Anpassung von innerstädtischen Grün- und Freiräumen an die klimatischen Veränderungen. Auch die Bagatellgrenze wurde deutlich erhöht. Der Fördersatz liegt bei 85 %.

**Beschluss:**

Der Rat der Schloss-Stadt Hückeswagen beauftragt die Verwaltung, eine Projektskizze für die Aufwertung des Stadtparks im Rahmen des Bundesförderprogramms „Anpassung urbaner Räume an den Klimawandel“ (Projektauftrag 2022) beim Fördermittelgeber einzureichen.

**Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich bei 6 Gegenstimmen

**zu 18 Bundesförderprogramm - Förderantrag Wupperauen**

Die Projektskizze wurde bereits vor zwei Jahren für das Förderprogramm eingereicht. Hier wurde die erste Förderstufe erreicht. Der Antrag jetzt ist die Fortführung zur Erreichung der zweiten Stufe. Lediglich der Pumptrack wird gestrichen, da dieser nicht gefördert wird.

**Beschluss:**

Der Rat der Schloss-Stadt Hückeswagen beauftragt die Verwaltung, den finalen Förderantrag für die Aufwertung der Wupperauen im Rahmen des Bundesförderprogramms „Anpassung urbaner Räume an den Klimawandel“ beim Fördermittelgeber einzureichen und versichert gleichzeitig damit, dass der Eigenanteil in Höhe von ca. 65.000 € bis 2025 im städtischen Haushalt

bereitgestellt wird.

**Abstimmungsergebnis:**  
mehrheitlich bei 6 Gegenstimmen

**zu 19 Förderantrag für die energetische Sanierung Freizeitbad Hückeswagen**

Dieser TOP wurde abgesetzt.

**zu 20 Antrag der SPD-Fraktion vom 01.09.22: Ausstattung von Pedelecs für den Ordnungsdienst**

Herr Becker erläutert den Hintergrund des Antrages. In anderen Städten sind regelmäßig Mitarbeiter des Ordnungsamtes oder der Polizei auf dem Fahrrad unterwegs. Dies führt dazu, dass die Mitarbeitenden viel flexibler sind, welche Stellen kontrolliert werden. Hierin sieht die SPD einen erheblichen Vorteil für das Ordnungsamt bzw. den Ordnungsdienst. Die SPD wünscht sich eine Umstellung der Mobilität des Ordnungsamtes.

Die Überlegung zu dem Antrag wird von den anderen Mitgliedern durchaus mitgetragen, jedoch halten sie die Beschaffung dieser Dienstfahrzeuge für Geschäfte der laufenden Verwaltung.

Herr Lietza sieht keine Erforderlichkeit für die Beschaffung.

**Beschluss:**

Der Rat entscheidet über den Antrag der SPD-Fraktion, der den folgenden Wortlaut hat:

Die Verwaltung wird damit beauftragt, den Fuhrpark des Ordnungsamtes um zwei Pedelecs zu erweitern.

Über den Antrag wird nicht abgestimmt, da Herr Persian zusagt, dass der Bedarf und die Möglichkeiten verwaltungsintern geprüft werden.

**zu 21 Anfrage der FDP zur Befahrbarkeit von Waldwegen und Sicherstellung der Löschwasserversorgung**

Herr von Polheim bedankt sich für die ausführliche Beantwortung der Fragen und fragt nach, wie die Gefahrensituation kontrolliert wird.

Herr Schröder erklärt, dass das Waldbrandvorsorgekonzept die Waldeigentümer in der Vorsorgepflicht sieht. Die Waldflächen in Hückeswagen stehen fast ausschließlich im Privateigentum und sind nicht städtisch.

Die Frage von Frau Finster, ob die Waldflächen mittels Drohnen oder ähnlichem im Sommer durch die Stadt auf Brandanzeichen kontrolliert werden, wird von Herrn Schröder verneint.

Der Rat nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

#### **zu 22 Anfrage der FDP zum Schutz der Bevölkerung vor Hitze**

Herr von Polheim bedankt sich für die Ausführungen der Verwaltung.

Der Rat nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

#### **zu 23 Außerplanmäßige Mittelbereitstellung zur Verbesserung des Infektionsschutzes durch technische Maßnahmen und ergänzende Ausstattung mit CO<sub>2</sub>-Messgeräten in den Schulen**

Frau Bever erläutert, dass der Bescheid zur Refinanzierung der Messgeräte eingegangen ist und der Gesamtbetrag nun budgetverstärkend eingesetzt werden kann.

##### **Beschluss:**

Der Rat stellt die Mittel aus der Billigkeitsleistung des Landes NRW zum Erwerb von CO<sub>2</sub>-Messgeräten in Höhe von 28.996 € außerplanmäßig auf dem Investitionsobjekt „5.000540.721.001 Erwerb CO<sub>2</sub>-Messgeräte“, „Konto 782700 Erwerb Anlagevermögen <410 €“ bereit.

##### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

#### **zu 24 Mitteilungen und Anfragen**

Frau Bever kommt zurück auf die Frage von Herrn Heider beim TOP 3 nach der Gewerbesteuer. Die Vorauszahlungen entsprechen 8,88 Mio. € und das Veranlagungssoll der Vorjahre beträgt 648.000 € Gewerbesteuer. Die Tabelle hierzu, ist der Niederschrift beigelegt.

Weiterhin berichtet sie, dass die Erstattungen vom Bund für die Aufwendungen zur Unterbringung und Versorgung ukrainischer Geflüchteter die Aufwendungen bislang übersteigen. Weitere Belastungen werden den Mehrbetrag aufzehren. Eine Auflistung dazu wird ebenfalls der Niederschrift beigelegt.

Frau Gembler fragt, wann die Mehrzweckhalle wieder vollständig genutzt werden kann. Hierzu kann Herr Klewinghaus noch keine verbindliche Aussage treffen. Die aktuellen Gespräche mit dem Bauordnungsamt ergaben Unklarheiten in der statischen Berechnung.

Weiterhin kritisiert sie die Arbeit des Fachbereichs II im derzeitigen Umgang mit der Schülerbeförderung. Die SPD fordert die Klärung der Fragen:

1. Wie hoch sind die aktuellen Schülerzahlen in den Schulbussen der einzelnen Linien in der Schloss-Stadt?
2. Wie haben sich die Zahlen der Buskinder im Verhältnis zum letzten Schuljahr entwickelt?
3. Wie hoch wären die Zahlen der Buskinder, wenn diese Verordnung nicht umgesetzt worden wäre?
4. Wie hoch ist die Auslastung der Schulbusse zu den unterschiedlichen Zeiten an den Schultagen?
5. Konnten Schulbusfahrten seit Schuljahresbeginn durch die neue Regelung eingespart werden?
6. Gibt es Untersuchungen, wie viele Eltern ihre Kinder nun wieder mit dem PKW zur Schule bringen, weil diese nicht mehr mit dem Schulbus fahren dürfen?

im nächsten Schulausschuss.

Herr Persian weist die Kritik am Fachbereich deutlich zurück und stellt klar, dass, wenn Verhalten zu kritisieren ist, ausschließlich der Bürgermeister anzugreifen ist. Maßgeblich ist hier die Umsetzung der Landesgesetzgebung. Er erklärt, dass nicht beabsichtigt ist, dass mehr Eltern ihre Kinder fahren, sondern dass mehr Kinder zu Fuß gehen oder mit dem Fahrrad fahren. Außerdem sollen den Kindern, die auf den Bus angewiesen sind, auch entsprechend Plätze zur Verfügung stehen. Fahrten aus Bequemlichkeit sollten nicht gefördert werden.

Herr Stahl sagt zu, die Fragen soweit zu beantworten, wie es in seiner Möglichkeit liegt. Statistiken werden dazu im Fachbereich nicht geführt.

Nach Auffassung von Herrn Ullrich kann nicht kritisiert werden, dass die Gesetzgebung angewandt wird. Wenn, dann dürfte die Kritik sich nur gegen die 17 Jahre der unterbliebenen Anwendung richten. Darüber hinaus sagt er, dass es dem Rat freisteht, mehr für die Schüler zu fordern und festzulegen. Er gibt aber zu bedenken, dass auch dies eine freiwillige Leistung ist, die finanziert werden muss.

Das Thema wird im Schulausschuss weiter behandelt.

Frau Mühlinghaus fragt nach dem Stand der Machbarkeitsstudie zum Bürgerbad. Herr Klewinghaus gibt an, dass das Planungsbüro schnellstmöglich beauftragt werden soll und die Fraktionen entsprechend informiert werden.

Herr Junginger fragt, ob evtl. noch ein weiterer Sportplatz in Hückeswagen angelegt werden könnte. Herr Stahl erläutert, dass im Rahmen der laufenden Schul- und Medienentwicklungsplanung das Thema Sportstättenbedarfe mitbetrachtet wird. Anfang 2023 sollten auch zum Thema Sport Ergebnisse vorliegen. Dann kann hierzu eine Aussage getroffen werden.

Die Frage von Herrn Löhe, ob es einen neuen Sachstand zum Edeka gibt, verneint Herr Persian.

Frau Thiel fragt erneut nach der Anbringung eines Spiegels an der Ausfahrt L68 Straßweg/Bockhacken. Herr Kneib ist verwundert, dass der Sachverhalt noch nicht erledigt ist und sagt eine erneute Prüfung zu.

*Nachtrag zur Sitzung:*

*Bei der damaligen Überprüfung des Sachverhaltes ist festgestellt worden, dass die Sichtbeziehungen an der Einmündung Bockhacken ausreichend sind und damit auch kein Verkehrsspiegel erforderlich ist. Es obliegt der Schloss-Stadt Hückeswagen, als Trägerin der Baulast für die Gemeindestraße Bockhacken, die Sichtdreiecke regelmäßig freizuschneiden. Der Bauhof wurde mit dieser Aufgabe beauftragt.*

Herr Geßner fragt, nach welchen Vorgaben Wassercontainer zum Schutz der Bevölkerung bei Festen aufgestellt werden. Diese werden aktuell nur bei größeren Festen aufgestellt, da der Aufwand sehr hoch ist, erklärt Herr Schröder.

Wie häufig die Straßenreinigung in den Wohngebieten Fürstenberg und Kleineichen erfolgt, fragt Herr Lietza. Die Straßenreinigung im Bereich Kleineichen (Waldstraße und Jung-Stilling-Straße) ist auf die Anlieger übertragen und die Fürstenbergstraße wird 14-täglich gereinigt, sagt Frau Heymann.

Im KGS-Gebäude wurden sämtliche Verbraucher abgeschaltet. Es ist beabsichtigt das Gebäude zu veräußern, so dass hier auch nichts wieder angeschaltet wird, antwortet Herr Persian auf die Frage von Herrn Bannuscher.

Ob es bereits Investoren für die Grundstücke im Wohngebiet Eschelsberg gibt, die für die Bebauung mit Mehrfamilienhäusern vorgesehen sind, fragt Herr Werth. Je zwei Grundstücke davon sind von zwei verschiedenen Investoren reserviert. Diese beabsichtigen den Bau von je drei Mehrfamilienhäusern, sagt Herr Klewinghaus.

Herr Löhe fragt, wie die Schloss-Stadt in diesem Jahr mit der Weihnachtsbeleuchtung umgeht. Herr Persian erklärt, dass es sich bei den Lichterketten und Beleuchtungseinrichtungen inzwischen ausschließlich um LEDs handelt. Er hält es für ein falsches Zeichen, darauf komplett zu

verzichten. Nichtsdestotrotz wird auch hier überlegt, wie gespart werden kann.

Herr Kneib erklärt, dass die Weihnachtsbeleuchtung bislang immer an die Straßenbeleuchtung angeschlossen wird. Diese läuft in zwei Phasen. Eine, die die ganze Nacht mit Strom versorgt wird und eine, die zwischen 24 Uhr und 6 Uhr abschaltet. Die Weihnachtsbeleuchtung wird immer an die zweite Phase angeschlossen. Eine weitere Phase einzustellen, ist nicht möglich. Um die Straßenbeleuchtung anders zu schalten, müsste sie separat an die Stromkästen angeschlossen werden. Hierfür wären überall lange Kabel und Zeitschaltuhren erforderlich.

Herr Persian ergänzt, dass, sollte sich die Lage in Bezug auf die Energieeinsparungen weiter verschlechtern, selbstverständlich auch hier keine Weihnachtsbeleuchtung brennen würde.

Für die Richtigkeit:

Datum: 18.10.2022

---

Bürgermeister Dietmar Persian

---

Stefanie Heymann  
Schriftführer/in